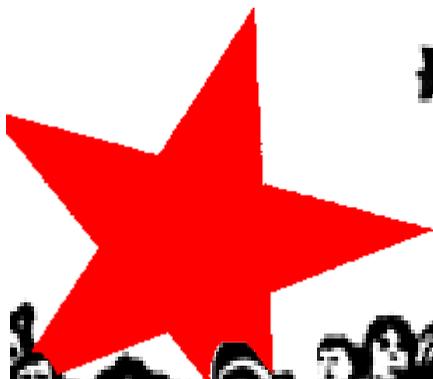




FIGHT BACK!

ANTIFASCHISTISCHES (JUGEND) INFO BRAUNSCHWEIG

**Seid Sand im Getriebe
der Kriegsmaschinerie**



Krieg dem imperialistischen Krieg!

Über Krieg, "Friedensbewegung" und Heuchelei...

■ Weltweit gehen seit mehreren Monaten unzählige Menschen auf die Straße um gegen den erneuten Angriffskrieg gegen den Irak zu protestieren. In Barcelona, Rom, London, Athen, Istanbul, Sydney und San Francisco, um nur ein paar der Städte zu nennen, in denen es mehrere hunderttausend oder sogar über eine Millionen waren, wird demonstriert. In zahlreichen anderen Städten gibt es Demonstrationen mit mehreren tausend Menschen. Und selbst in der sonst so bewegungsarmen BRD finden Demonstrationen und Kundgebungen in bisher ungekannter Größe statt. Allein in Berlin waren es am 15. Februar, dem globalen Aktionstag gegen den Krieg, mehr als fünfhunderttausend Menschen, die ihre Ablehnung des Irak-Krieges zum Ausdruck brachten. Woche für Woche wird in kleineren und größeren Städten von der "Friedensbewegung" gegen den Krieg mobil gemacht. Kein Samstag vergeht, wo nicht in irgendeiner bundesdeutschen Stadt mindestens eine Demonstration mit mehreren tausend

TeilnehmerInnen stattfindet.

Auch in Braunschweig gingen am 24.02.03 ca. 8000 SchülerInnen auf die Straße. Sie folgten, teilweise mit und teilweise ohne Genehmigung der Schulleitung, einem Aufruf von verschiedenen Braunschweiger Schulen zu einem Sternmarsch gegen den Krieg. Aus unterschiedlichen Stadtrichtungen liefen die SchülerInnen auf den Kohlmarkt zu, um sich zu einer gemeinsamen Kundgebung zu versammeln. Dort gab es verschiedene Redebeiträge von Jugendorganisationen und musikalische Darbietungen. Während sich die SchülerInnenvertretung, die Falken, Solid und die Jugend Antifa Aktion (JAA) in ihren Redebeiträgen in der generellen Ablehnung von Kriegen einig waren, argumentierten die Jusos, ganz auf Linie ihrer Mutterpartei SPD, dafür, dass Krieg nur das letzte Mittel sein kann. Aber eben doch eine mögliche Option, um die jeweiligen Interessen durchzusetzen. Für ihren Redebeitrag, nach dessen Logik die Kriege in Afghanistan und Jugoslawien offensichtlich okay waren, erhiel-



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.

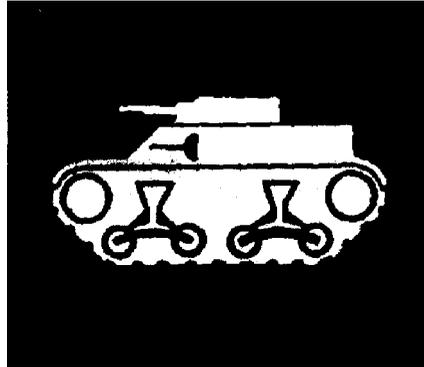
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.

V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

ten sie dann auch den einen oder anderen Zwischen- und Buhruf. Während in anderen Städten immer noch zahlreiche Menschen raus auf die Straße gehen, scheint die Stimmung in Braunschweig schon jetzt, kurz nach Kriegsbeginn, wieder eingeschlafen zu sein. In Hamburg z.B. führten am 24.03. ca. 50.000 SchülerInnen einen Schulstreik durch. Die Demo an diesem Tag wurde kurz vor der US-Botschaft von der Polizei mit Schlagstöcken und Wasserwerfern auseinandergetrieben. Es gab über hundert Festnahmen und zahlreiche verletzte SchülerInnen. In Braunschweig hingegen demonstrierten schon am Tag X nur noch ca. 2500 Menschen. Und schon den ersten Samstag nach Kriegsausbruch versammelten sich auf dem Kohlmarkt keine tausend Leute mehr und eine Demonstration stand nicht mehr im Programm des Friedensbündnisses. Doch im Anschluss an die Kundgebung folgten rund 700 Menschen dem Aufruf der Jugend Antifa Aktion (JAA) und des Antifaschistischen Plenums, welcher unterstützt wurde vom AStA der TU BS, der FrauenLesbengruppe kahira, der FrauenLesbengruppe Zami und dem MC Kuhle Wampe BS, zu einer Demonstration. Nach anfänglicher Behinderung durch die Polizei, die die Demo nicht losgehen lassen wollte, konnte dann gegen Krieg und deutschen Militarismus durch Braunschweigs Innenstadt gezogen werden.

Wer die Anti-Kriegs-Demonstrationen, ob in Berlin, Braunschweig oder in welcher Stadt auch immer, verfolgt hat, dem wird aufgefallen sein, dass

sich nicht nur die Vorstellungen zur Durchführung von Aktionen stark unterscheiden. Vor allem die inhaltlichen Positionen der "Friedensbewegung" gehen weit auseinander. Die einzige Übereinstimmung besteht darin, das alle den Irak-Krieg ablehnen. Das allein ist aber nicht viel, wenn man betrachtet, wie unterschiedlich



die Motivationen dazu sind. Während die einen aus ihrer pazifistischen Grundhaltung heraus gegen jeden Krieg sind, sind andere gegen Krieg der um Rohstoffe geführt wird und wieder andere sind nur gegen den Krieg im Irak und stellen den "aggressiven USA" die Europäische Union (EU) als vermeintlichen "Friedensstifter" gegenüber. Eine "Friedensbewegung", die so blind ist und die EU-Kriegspolitik der der USA vorzieht, hat sich von den Kriegsstrategen der Parteien SPD und Bündnis 90/ Grünen einwickeln lassen. Denn wer sich vor den Karren der deutschen Bundesregierung spannen lässt, macht sich zum "außerparlamentarischen Vertreter" des eigenen imperialistischen Weges der BRD bzw. EU, der nicht weniger tödlich und räuberischer wird

als der der USA.

Mit ehemaligen Pazifisten hin zur neuen Weltmacht

Die SPD und Bündnis 90/Grüne taten 1999, als sie die BRD in den Krieg gegen das ehemalige Jugoslawien führten, alles dafür, den ersten Angriffskrieg seit dem Ende des deutschen Faschismus auch ideologisch vorzubereiten. Mit ihrer ungeheuren Integrationskraft gelang es der ehemals pazifistischen Partei, Kriege als "friedenssichernde Maßnahmen" oder als Schritte zur Abwendung "humanitärer Katastrophen" zu verkaufen. Nicht wegen des Faschismus darf Deutschland nie wieder Krieg führen, sondern um eben so etwas wie Auschwitz zu verhindern, muss es Krieg führen, so der O-Ton der Bundesregierung kurz vor dem Kriegseinsatz. Mit ihrer Argumentation lieferten Fischer und Co. die Legitimation dafür, dass die BRD auch militärisch wieder weltweit mitspielen konnte. Getreu der bereits

unter der CDU-Regierung festgelegten verteidigungspolitischen Richtlinien, wonach die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" ein "vitales nationales Interesse" sind, haben SPD und Grüne Deutschland wieder zu was gemacht. Die BRD befindet sich auf bestem Wege in Richtung militärischer Weltmacht. Schon heute ist sie das Land, nach den USA und zurzeit Großbritannien, mit den meisten im Ausland stationierten Soldaten. Die Bundeswehr wird zur weltweiten Eingreiftruppe umgerüstet und auf europäischer Ebene soll noch in diesem Jahr eine EU-Interventionsarmee mit rund 60.000 Soldaten entstehen, die durch einen deutschen Oberbefehlshaber geführt werden soll. Wer hierbei glaubt es ginge, wie uns durch Medienpropaganda gern weisgemacht werden soll, um eine Armee zur globalen Friedensdurchsetzung, für humanitäre Einsätze oder ähnliches, ist



schlichtweg naiv. Diese Truppen werden es sein, die künftig die ökonomischen Ziele der BRD bzw. EU in aller Welt militärisch umsetzen. Sie werden es sein, die den Weg für deutsche und europäische Firmen freischießen, die sich ebenso wie US-amerikanische Unternehmen, ständig auf der Jagd nach Rohstoffen, Absatzmärkten oder geostrategisch bedeutsamen Positionen befinden.

Weshalb sich Kriegstreiber als Friedensengel ausgeben

Das die BRD nun den Angriffskrieg gegen den Irak ablehnt, ist Ausdruck davon, dass das deutsche Kapital gute Geschäftsbeziehungen in den Irak pflegt und das es entgegen den US-Interessen zumindest in dieser Region keinen militärischen Eingriff benötigt. Auch über die Förderung des Erdöls (nach Aufhebung des UN-Embargos) existierten bereits Verträge mit dem Irak. Die BRD bzw. Teile der EU stellen sich also allein gegen den Krieg, da sie den Irak und die gesamte arabische Region zu ihrem eigenen Hinterhof erklärt haben, wo sich für sie derzeit Märkte und natürliche Ressourcen noch ohne kriegेरische Mittel erschließen lassen. Doch den Krieg abzulehnen heißt noch lange nicht, sich nicht daran zu beteiligen wenn die Militärmacht USA losmarschiert. So hat sich die BRD bereits verpflichtet Patriot-Raketen zu liefern, hat die ABC-Spürpanzer in Kuwait stationiert gelassen und der USA freie Benutzung des bundesdeutschen Luftraums und Schutz ihrer logistischen Strukturen zugesagt. Zudem haben sie schon jetzt angeboten, sich mit der Bundes-

wehr an einer Aufräum- und "Friedensordnungsmission" zu beteiligen. Auch wenn sie selbst kein Interesse an dem Krieg hatten, tun sie doch alles, um eine Chance auf die Kriegsbeute zu behalten und ihre Rolle bei der Neuordnung der strategisch wichtigen, weil rohstoffreichen, Golfregion nicht zu verlieren.

"Friedensbewegung" auf Irrwegen

Eine "Friedensbewegung", die nur dann stark ist, wenn sie mit den Interessen der BRD konform läuft, lässt sich von der rot/grünen Bundesregierung



instrumentalisieren. Mit der Unterstützung der BRD auf ihrem eigenen imperialistischen Weg, der ebenso viel mit Frieden gemein hat wie der der US-Administration, macht sich die "Friedensbewegung" zum Spielball der herrschenden Klasse, der immer dann ausgepackt werden kann, wenn ein außerparlamentarischer Protest zur Untermauerung der eigenen Positionen nützt. Wer in diesen Tagen seinen Widerstand gegen den Krieg komplett staatstragend artikuliert und der Bundesregierung dankbar für ihre Irak-

politik ist, wie es bei Teilen der "Friedensbewegung" der Fall ist, hat offenkundig nicht erkannt, dass sich die BRD bzw. EU in Konkurrenz zu den USA befindet und der Golfregion ihre eigene ökonomischen Vormachtstellung aufzwingen will. Derzeit noch mit Handelsbeziehungen, zu einem anderen Zeitpunkt und andernorts aber ebenso mit Krieg. Denn das Krieg für das angeblich auch so friedfertige "alte Europa" (um eine gern gebrauchte Bezeichnung der "Friedensbewegung" zu benutzen) ein probates Mittel zur Durchsetzung ökonomischer Ziele ist, hat es in Jugoslawien oder Afghanistan längst bewiesen. Ein ernst zunehmender Antikriegsprotest muss deshalb genauso das imperialistische Streben des Kapitals der BRD, das

sich seinen Weg auch mit Kriegen pflastert, bekämpfen. Für eine fortschrittliche "Friedensbewegung" sollte es deshalb auch nicht in Frage kommen, gemeinsam mit den heutigen Sachverwaltern des Staates aus SPD und Grüne zu demonstrieren. Sie sind es, die Deutschland wieder kriegsfähig gemacht haben und die künftigen imperialistischen Pläne umsetzen werden. Widerstand gegen Krieg muss bei den Ursachen ansetzen. Nur mit dem Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse, die ständig im Ringen um Profit, Macht und Einflussphären Krieg produzieren, lässt sich dem heutigen, permanenten Kriegszustand etwas entgegenzusetzen.



Schweine im "Weltnetz"

■ Nachdem die Webseite der "Kameradschaft Skinheads Braunschweig", die von der Nazi-Bande vom Madamenweg ins Internet gestellt wurde, inzwischen wieder verschwunden ist, gibt es seit einigen Monaten eine neue Webseite aus der Braunschweiger Nazi-Szene mit der Bezeichnung "Martin Kiese - Nationaler Widerstand Braunschweig". Laut der Domaindatenbank DENIC ist die Seite seit dem 31.12.2002 auf Martin Kiese eingetragen. Martin Kiese ist seit Jahren in der Braunschweiger Nazi-

Szene aktiv, bis in die 90er Jahre hinein war er Ortsgruppenführer der inzwischen verbotenen FAP. Seine Vorliebe für den Ku Klux Klan (KKK), der in Amerika bis heute immer wieder für Morde an Schwarzen verantwortlich ist, findet sich auch auf der Seite wieder. So ist in der Rubrik "Witze" u.a. ein Comic zu sehen, auf dem ein KKK-Mann auf einer Hängematte aus zwei aufgehängten Schwarzen liegt. In der Rubrik "Grüße" wird neben bundesweit bekannten Nazis, wie z.B. Thorsten Heise, Friedhelm Busse und

Karl Polacek, auch Rene Geffers begrüßt, der zu Nazi-Bande vom Madamenweg gehört. Unter der Rubrik "Kameraden" finden sich Bilder vom Spielplatz am Madamenweg 156, auf denen Mitglieder der "Kameradschaft Skinheads Braunschweig" mit

Hitler-Gruß zu sehen sind. Im Gästebuch findet man Einträge Braunschweiger Nazis, wie z.B. vom NPD-Mitglied Michael Weinberg oder von Kai Fechner, der dort als "Weisse Arische Bruderschaft" auftritt.

Wenden:

Nazikonzert als Geburtstagsparty getarnt

■ "Randale bei illegaler Veranstaltung" lautete am 8.2.2003 eine Pressemeldung der Braunschweiger Polizei, die in der Braunschweiger Zeitung abgedruckt wurde: "Zur Randal kam es in Wenden, als ein 20-jähriger anlässlich seiner nachträglichen Geburtstagsfeier Eintrittsgeld verlangte. Die Polizei beendete die illegale Veranstaltung und stellte zwei Kassen mit 500 Euro sicher. Wie sich herausstellte, konnte der 20-jährige, der bereits Anfang Januar Geburtstag hatte, Saalmiete und Musikband nicht bezahlen. So war er auf die Idee gekommen, die Veranstaltung kurzerhand öffentlich zu machen und hatte die Gäste zur Kasse gebeten." Das es sich bei dieser angeblichen "Geburtstagsfeier" um ein Nazi-Konzert handelte, verschwieg die Polizeimeldung. Zu diesem Konzert waren Nazis aus der gesamten Region und aus Sachsen-Anhalt ange-reist. Das "Geburts-tagskind" war niemand anderes als Ingo Zim-

mermann (Wallstr. 41/42), der als dumper Schläger und führende Person der Braunschweiger Nazi-Szene bekannt ist. Ingo Zimmermann stammt aus Burg und macht in Braunschweig gerade eine Lehre als Gas/Wasserinstallateur. Wegen seiner faschistischen Aktivitäten ist er u.a. aus der Berufsschule geflogen und muss deshalb die Berufsschule in Peine besuchen. Zimmermann gehört zur Nazi-Bande vom Madamenweg, die sich selbst großspurig als "Kameradschaft Skinheads Braunschweig bezeichnet".



**Für die Zerschlagung
aller faschistischen
Banden und Organisationen!**

Madamenweg: Nazi-Treffpunkt passé?

■ Langezeit war das Haus der Familie Meinhardt (Madamenweg 156) und der davorliegende Spielplatz Treffpunkt der Nazi-Bande vom Madamenweg. Inzwischen musste die Familie aus dem Haus, welches der Stadt gehört, ausziehen. Das Haus steht derzeit leer. Auch das NPD-Mitglied Michael Weinberg wohnt nicht mehr im Madamenweg, nachdem er wegen nicht gezahlter Miete und seiner fa-

schistischen Aktivitäten aus seiner Wohnung geflogen ist. Seine neue Meldeadresse ist nun Bienroder Weg 56a. Seit dem Wegzug der Familie Meinhardt und Michael Weinberg ist es am Madamenweg wieder ruhiger geworden. Es bleibt abzuwarten, ob die Nazis sich nun einen neuen Treffpunkt im westlichen Ringgebiet aussuchen, oder in andere Stadtteile ausweichen.



Berufungsprozess vor dem Landgericht

■ Mitte Februar fand vor dem Landgericht ein Berufungsprozess gegen die Nazis Ingo Zimmermann, Matthias Meinhardt, Rene Geffers, Stefan Ewert und Holger Meier statt. Diese hatten sich am 14.12.2001 nach einem Spiel von Eintracht in einer Gaststätte getroffen und waren später mit Nazi-Parolen durchs Viertel rund um den Madamenweg gezogen. Als eine Polizeistreife in Zivil sie kontrollieren

wollte, sollen mehrere aus der Gruppe einen Polizisten angegriffen haben. In einem ersten Prozess vor dem Amtsgericht waren die Nazis teilweise zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt worden, wogegen sie jedoch Berufung einlegten. Doch auch das Landgericht bestätigte weitgehend die Urteile des Amtsgerichts, so dass die meisten von ihnen demnächst eine Haftstrafe antreten müssen.

Da waren's nur noch ...

■ Nicht nur das die Nazis ihren Treffpunkt am Madamenweg verloren haben, ihr Konzert durch die Polizei gestürmt wurde und die meisten demnächst längere Haftstrafen antreten

müssen, jetzt laufen ihnen auch noch langjährige "Kameraden" davon: Timo Anand, der mehrere Jahre in der rechten Szene aktiv war (und auch in der FightBack! erwähnt wurde), hat kürz-

lich seinen Ausstieg aus der Szene und seinen Eintritt in die PDS bekanntgegeben. In der Braunschweiger PDS-Zeitung "konkret" erklärte er: "Hiermit möchte ich bekannt geben, dass ich aus der rechten Szene ausgestiegen bin und mit den Leuten nichts mehr zu tun habe ... Als ich 12 Jahre alt war, ist mein Freundeskreis rechts geworden und ich zog mit ... So bin ich in die rechten Gruppen am Frankfurter Platz und am Madamenweg geraten. Ich habe Verbrechen am Jüdischen Volk verleugnet, Lügen-Propaganda verbreitet und Menschen, ohne Grund verprügelt. Heute schäme ich mich dafür, da ich seit über einem Jahr nicht mehr so denke. Der ausschlaggebende Punkt ist der gewesen, als ich auf Klassenfahrt in München war (Juni 2001) und wir das KZ Dachau besuchten ... ich fragte mich das erste Mal, ob ich die richtige politische Einstellung habe. Seitdem Tag beobachtete ich meine

damaligen Freunde skeptischer und merkte, wie dumm sie doch sind. Ich versuchte sie mit Fragen in die Enge zu treiben, denn ihre Einstellung war ‚Ausländer Raus‘. Sie hatten keine Ahnung warum ... Nach einem halben Jahr kam ich zu dem Entschluss, dass ich aus der Szene aussteigen wollte ... Ich bin froh, dass ich es geschafft habe. Ich denke sozial und bin für Gerechtigkeit, deshalb bin ich Mitglied der PDS geworden ..." Bei seinen ehemaligen "Kameraden" gilt Anand inzwischen als Verräter und Polizeispitzel. Mehrmals wurde er nach seinem Ausstieg bedroht und auch angegriffen.



Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)



**Aktiv werden gegen Krieg,
Nazis und staatlichen
Rassismus!**

Jeden Montag ab 19 Uhr

im Antifaschistischen Café

Cyriaksring 55 - 38118 Braunschweig

Die antirassistische Kampagne Zdravko Nikolov Dimitrov der Jugend Antifa Aktion (JAA)

■ Von Mitte April bis Ende letzten Jahres gab es eine Vielzahl antirassistischer Aktionen in Braunschweig. Mit der Kampagne Zdravko Nikolov Dimitrov wurde mit Veranstaltungen, Kundgebungen und einer Demonstration auf die Lebenssituation von Flüchtlingen aufmerksam gemacht und der praktizierte staatliche Rassismus als Folge der kapitalistischen Verwertungslogik kritisiert.



Verständnis für den rassistischen Mob in Rostock, Hoyerswerda und anderswo hatten, zu aufrechten "Staats-

Wieso gerade eine antirassistische Kampagne?

Als im Zuge des "Aufstands der Anständigen" Vertreter nahezu aller bürgerlichen Parteien die zuvor gern verschwiegenen faschistischen Übergriffe öffentlich thematisierten und selbst Großkundgebungen für "Menschlich-

antifaschisten" machte. Es war schlichtweg ein gewandeltes Bedürfnis der deutschen Wirtschaft, was die geistigen Brandstifter von eins auf ihren neuen Weg brachte. Einigen zukunftssträchtigen Teilen der Industrie mangelt es an spezialisierten Arbeitskräften, die es auf dem inländischen

Arbeitsmarkt (noch) nicht gibt. So sind sie darauf angewiesen Fachkräfte aus anderen Ländern anzuwerben, die hier ihre Arbeitskraft an deutsche Unternehmen verkaufen und nach getaner Schuldigkeit wieder gehen müssen, notfalls per Abschiebung. Meldungen über mordende Nazibanden haben die Suche nach den benötigten Spezialisten deutlich erschwert,



keit und Toleranz" organisierten, musste man sich fragen was geschehen war. Es war nicht die drastische Zunahme faschistischer Gewalt, denn die existiert in der BRD schon deutlich länger, die die Politiker die einst noch

weshalb der "Aufstand der Anständigen" zur Imageaufpolierung der BRD nötig war. Mit dem "Aufstand der Anständigen" gab es einen Wandel der bürgerlichen Parteien, weg von rassistischen Parolen wie "das Boot ist

voll" usw. hin zu einer neuen ökonomisch zeitgemäßen Logik. In ungekannter Offenheit erklärten sie, dass die MigrantInnen erwünscht sind, die der BRD nützen, sprich deren Arbeitskraft von deutschen Firmen gebraucht wird. Für unerwünscht erklärten sie hingegen alle, die vor Folter, Hunger oder Krieg fliehen, denn ihre Arbeitskraft wird in der Regel nicht benötigt. Sie werden, sollten sie die Außengrenzen der Festung Europa überwunden haben und bis in die BRD gelangt sein, in Lager gesperrt, mit Sondergesetzen belegt und schnellst möglich in das Land aus dem sie geflohen sind wieder abgeschoben. Diese Logik, nach der der Wert eines Menschen allein über seine Rentabilität für das Kapital bestimmt wird, offenbart einmal mehr das sich im Kapitalismus alles um die Verwertung des Menschen dreht.

Vor diesem Hintergrund kam Anfang des letzten Jahres innerhalb der Jugend Antifa Aktion (JAA) die Idee zu einer Kampagne auf, die die Lebenssituation von Flüchtlingen beleuchtet, sich mit den rassistischen Sondergesetzen und der Abschiebung selbst auseinandersetzt. Gleichzeitig wollten wir immer den Zusammenhang zwischen der Migrationspolitik und der

kapitalistischen Verwertungslogik aufzeigen und eine breite Öffentlichkeit für das Thema sensibilisieren. Der Name für die Kampagne war schnell



gefunden. Sie erhielt den Namen des 1999 bei der Abschiebung aus Braunschweig durch die Polizei ermordeten Flüchtlings und Kommunisten Zdravko Nikolov Dimitrov. Wir begannen unterschiedlichste Aktionen die Aufmerksamkeit erregen sollten zu planen. Wir wollten durch die Aktionen von möglichst vielen Menschen wahrgenommen werden und die bundesdeutsche Abschiebemaschinerie in ihrer ganzen



Unmenschlichkeit der Öffentlichkeit vor Augen führen.

Die Aktionen

Die Kampagne begann am 13.04.02 mit einer Aktion gegen die Abschottungspolitik der Europäischen Union (EU). Dazu wurde in Braunschweigs Einkaufsstraßen eine symbolische "Festung Europa" aufgebaut. Rund um die ca. 7 Meter lange und 1,60 Hohe Mauer wurden Flugblätter verteilt, die unser Anliegen vermittelten. Es folgte eine

Kundgebung gegen soziale Vertreibung und rassistische Polizeikontrollen auf dem Bahnhofsvorplatz. Die

Kundgebung mit starker Unterstützung von Braunschweiger Punks, kritisierte in Redebeiträgen den Umbau von Bahnhöfen hin zu Konsummeilen in



denen nur kaufkräftige Kunden erwünscht sind und die ständigen Polizeikontrollen, die aufgrund rassistischer Lagebilder der Polizei durchgeführt werden. Das Fortsetzen der Kundgebung im Bahnhof wurde durch die Polizei unter Einsatz ihrer Fäuste verhindert. Mit der nächsten Aktion sollte Zdravko Nikolov Dimitrov und allen anderen Opfern rassistischer Polizeipraxis gedacht werden. Dazu versammelten sich rund 50 Menschen in der Münzstraße um zunächst eine Kundgebung abzuhalten und anschließend die Münzstraße, in der sich der Sitz des 1. Polizeikommissariats befindet, symbolisch in "Z.-N.-Dimitrov Straße" umzubenennen. Zwei Wochen später gab es eine Demonstration mit rund 250 TeilnehmerInnen durch Braun-



schweigs Innenstadt. Die Demo, die gemeinsam mit der "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" organisiert wurde, richtete sich gegen das "Projekt X" und die bundesweite Einführung sogenannter Ausreisezentren, die nichts anderes als Abschiebelager sind. Anfang November fand dann ein antirassistisches Solidaritäts-Konzert statt. Zu dem Konzert im Jugendzentrum B58, unter dem Motto "beats against deportation" kamen ebenfalls rund 250 Menschen. Die Einnahmen des Konzertes wurden der "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" gespendet. Anlässlich einer Rede Günther Becksteins (CSU) im Braunschweiger Dom, fand eine Kundgebung gegen den Auftritt des Hardliners in Sachen "Law & Order" und Abschiebung statt. Vor dem Dom wiesen die KundgebungsteilnehmerInnen auf die zahlreichen Opfer der rassistischen Flüchtlingspolitik hin und erklärten das Beckstein ein Wegbereiter der

Verwertungslogik ist. Der Abschluss der Kampagne war eine Gedenkundgebung mit anschließender Kranzniederlegung an Dimitrovs 3. Todestag. Die Kundgebung versammelte sich Münzstraße/ Ecke Damm, um dann vor das 1. Polizeikommissariat zu ziehen und dort einen Kranz im Gedenken an Zdravko Nikolov Dimitrov niederzulegen. Neben den Aktionen in Braunschweig wurde im Rahmen der Kampagne auch zu mehreren antirassistischen Demonstrationen in anderen Städten mobilisiert.

Resümee

Mit der Kampagne ist es gelungen viele Menschen über den staatlichen Rassismus der BRD aufzuklären und für das Thema zu sensibilisieren. Nicht nur durch die vielen Flugblätter und die Aktionen selbst, sondern auch durch das verhältnismäßig große Presseecho, konnte unsere Kritik einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht



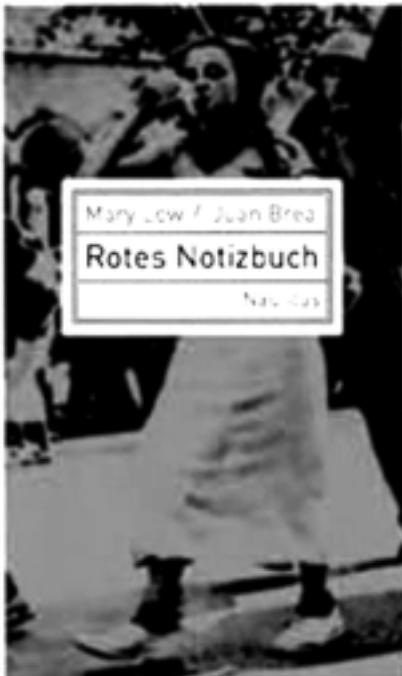
werden. Der Verlauf der Kampagne hat gezeigt, dass das Interesse an den Aktionen und der gesamten Kampagne stetig gewachsen ist und das Thema staatlicher Rassismus, vor allem unter Jugendlichen, deutlich an Beachtung gewann. Also alles in allem, hat die Kampagne ihre Zweck, das Thema in das öffentliche Bewusstsein zu rücken, mehr als er-

füllt. Das Ende der Kampagne heißt natürlich nicht das Ende unserer anti-rassistischen Arbeit. Wir werden auch künftig den Rassismus der BRD, ob in Institutionen oder auf der Straße, bekämpfen und dem kapitalistischen System, für das Menschen nach "nützlich" und "unnützlich" selektiert werden, mit unserem Widerstand begegnen.



Buchvorstellung:

Das „Rote Notizbuch“ über die spanische Revolution



Mary Low / Jaun Breá
Rotes Notizbuch
Edition Nautilus 2002
(deutsche Erstausgabe)
ISBN: 3-89401-394-X
19,90 Euro

■ Kurz nach Beginn des Kampfes gegen den faschistischen Putsch der Franco-Truppen 1936, begeben sich die junge Britin Mary Low und ihr kubanischer Lebensgefährte Juan Breá nach Spanien, um im spanischen Bürgerkrieg die Revolution zu verteidigen. In einer Art Tagebuch berichten sie über den revolutionären Alltag, über das Leben an der Front und immer wieder von beeindruckenden Begegnungen mit Menschen, die fest daran glauben, dass es möglich ist, die Welt zu verändern.

Das "Rote Notizbuch" ist im Original 1937 als eines der ersten authentischen Zeugnisse über die spanische Revolution in London erschienen - erst jetzt liegt es auch in einer deutschen Ausgabe vor. In 18 Kapiteln, die von jeweils einem der beiden Autoren verfaßt sind, schildern Mary Low und Juan Breá die ersten Monate der spanischen Revolution. Sie beschreiben die Aufbruchstimmung, die ansteckende Lebensfreude der Menschen und vermitteln so ein bewegendes Gefühl von Hoffnung und Freiheit. Doch müssen sie auch erleben, wie ihr politischer Bezugspunkt, die POUM (Partido Obrero de Unification Marxista / Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit) immer mehr ins Abseits gerät und wie eine sich verfestigende Bürokratie die revolutionären Errungenschaften verwässert oder gar zunichte macht.

Die Schilderungen bestechen durch poetische Sprache, einen scharfen Blick und wirken noch heute so spannend, als wäre es erst gestern passiert. Dennoch liest sich das "rote Notizbuch" streckenweise, als habe es sich bei der spanischen Revolution um ein Familientreffen der anti-stalinistischen Linken gehandelt und der revolutionäre Alltag, den Low und Breá schildern, ist weitgehend der des Milieus nicht-spanischer Unterstützer. Das spanisch-katalanische Proletariat, tritt kaum in Erscheinung und eine Auseinandersetzung mit seinen Alltagsproblemen findet sich allenfalls in Ansätzen. Nun soll aber weder das Vergnügen an der Lektüre des „Roten Notizbuchs“ geschmälert, noch der Wert der darin enthaltenen Beobachtungen relativiert werden.

Antifaschistisches Café

**Jeden Freitag ab 20 Uhr
Cyriaksring 55 - 38118 Braunschweig
www.antifacafe.de.vu**

Antifaschistische Aktionen, Informationen, Diskussionen, Veranstaltungen, Filme, Flugblätter, Zeitschriften, Bücher, Plakate, Aufkleber, T-Shirts, Anstecker, Aufnäher ...

Termine:

Samstag - 5. April 2003

**Kundgebung: Den Widerstand organisieren!
Dem imperialistischen Krieg kein ruhiges
Hinterland!**

13 Uhr - Kohlmarkt - Braunschweig

Jeden Montag ab 19 Uhr

Aktiv werden gegen Krieg, Nazis und staatlichen Rassistismus!

Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA)!

Im Antifaschistischen Café

Cyriaksring 55 • 38118 Braunschweig

Jeden Freitag ab 20 Uhr

Antifaschistisches Café

Antifaschistische Aktionen, Informationen, Diskussionen, Veranstaltungen, Filme, Flugblätter, Zeitschriften, Bücher, Plakate, Aufkleber, T-Shirts, Anstecker, Aufnäher...

Cyriaksring 55 • 38118 Braunschweig

Termine, Ankündigungen etc. findet ihr unter:

<http://www.antifacafe.de.vu>